

6 Beurteilung des Nation-Building-Prozesses in der Autonomen Region Kurdistan

Die Analyse der Kurdenfrage im Irak und in der ARK zeigt, dass die kurdischen Fraktionen im Laufe des gesamten 20. Jahrhunderts nicht in der Lage waren, ihre Differenzen zu beseitigen und die Herausbildung eines von allen Gruppierungen und Gesellschaften getragenen kurdischen Nationalismus zu befördern. Nach 2003 bekamen die kurdischen Fraktionen in der ARK noch einmal die Gelegenheit, sich auf ein gemeinsames Konzept für die ARK zu einigen, was allerdings – wie im letzten Kapitel aufgezeigt – scheiterte. Die in der Kategorie 1 (K1) des Kodierleitfadens aus Tabelle 3 definierten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf der Nationenbildung in der ARK sind nicht erfüllt. Einzig die Zeitung der DPK, «Xebat», bewertete die kurdische Selbstverwaltung in der Periode zwischen 2003 und 2018 als mehrheitlich positiv, während «Hawlati» und «Awene» sie negativ beurteilten. Dasselbe gilt auch für «Kurdistani Nwe», die Zeitung der PUK, die aufgrund der Flügelpolitik nie vollumfänglich hinter der Führung der ARK stand. Sie begann ab dem Jahr 2011 sogar, negativ über die Verwaltungsführung der ARK zu berichten, obwohl die PUK immer ein Teil der Regierung war. Abgesehen von Salam Abdullah zeigten sich alle Interviewpartner ebenfalls enttäuscht über die kurdische Art der Regierungsführung in der ARK und bewerteten sie als unzureichend. So konnten die Kodierregeln der K1, die für einen erfolgreichen Verlauf der Nationenbildung die Zustimmung aller Zeitungen und acht der elf Interviewten voraussetzten, nicht erfüllt werden.

Auch die Kodierregeln der Kategorie 2 (K2) wurden nicht eingehalten. Diese sehen eine positive Bewertung seitens einer der beiden Zeitungen der DPK und der PUK mit «Hawlati» oder «Awene» sowie sechs von elf Interviewten als Kriterium für einen Verlauf der Nationenbildung in der ARK in eine richtige Richtung vor. Entsprechend fanden nur die Kodierregeln der Kategorie 3 (K3), die sich auf eine gescheiterte Nationenbildung bezogen, Bestätigung. Acht der elf Interviewten und eine Zeitung der beiden Parteien sowie «Hawlati» bzw. «Awene» gaben Negativbewertungen ab. Als Negativbewertungen werden unter anderem Äusserungen der Unzufriedenheit der Interviewten und Zeitungen mit den politischen Entwicklungen in der ARK und bezüglich der Absenz einer gruppenübergreifenden kurdischen Identität

verstanden.⁵⁴ Da die vorliegende Arbeit in den vorhergehenden Abschnitten auf die Berichterstattungen aus den Zeitungen einging, wird sie sich in diesem Kapitel vor allem auf die Interviewaussagen fokussieren.

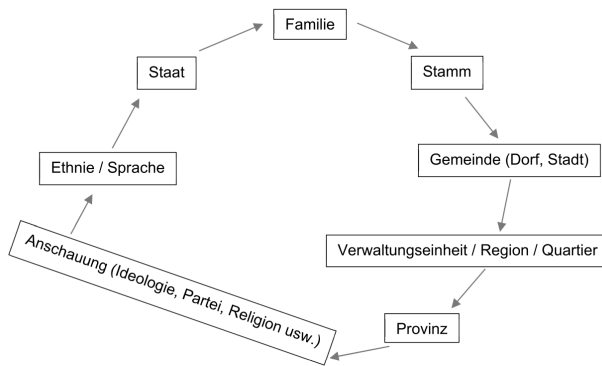
Die obigen Schlussfolgerungen führen dazu, dass die erste Hypothese, die besagt, dass der Nation-Building-Prozess in der ARK als erfolgreich abgeschlossen zu beurteilen ist, wenn mindestens die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) erfüllt sind, zu verwerfen ist. Die zweite Hypothese, die beinhaltet, dass der Nation-Building-Prozess in der ARK als gescheitert zu bewerten ist, wenn mindestens die ersten zwei Voraussetzungen nach Hippler (integrative Ideologie und Integration einer Gesellschaft) nicht erfüllt sind, konnte hingegen bestätigt werden. Den Politikern der ARK, die mehrheitlich aus den Reihen der DPK und der PUK stammen, gelang es nicht, eine von allen Gruppierungen in der ARK anerkannte ›integrative Ideologie‹ zu formulieren und die ›Integration einer Gesellschaft‹ zu ermöglichen. Die Erfüllung dieser zwei Voraussetzungen, die nach Hippler eine Vorstufe der Staatenbildung darstellen, wäre notwendig gewesen, um die Nationenbildungsbemühungen in der ARK als erfolgreich zu beurteilen. Entsprechend ist es den herrschenden Parteien in der ARK nicht gelungen, eine gruppenübergreifende nationale Identität herauszubilden und aus bestehenden losen Gruppierungen eine nationale Gesellschaft zu formen. Die Existenz einer eigenständigen kurdischen Entität im Nordirak hat zwar dazu geführt, dass sich die neuen kurdischen Generationen kaum mit dem irakischen Staat identifizieren können, aber diese Gegebenheit konnte nicht ausgenutzt werden, um die Entwicklung einer einheitlichen kurdischen Identität zu ermöglichen. So blieb die Loyalitätsstruktur sowohl in der ARK wie auch im Irak ähnlich wie im 20. Jahrhundert: Die primäre Identität und Loyalität gelten der Familie, gefolgt vom Stamm, der Gemeinde, der Verwaltungseinheit, der Region oder dem Quartier, der Provinz, der ideologischen, politischen oder religiösen Anschauung, der Ethnie oder Sprache und schliesslich dem Staat.

Einzig bei den Anschauungen ist es zu Verschiebungen gekommen: Der Einfluss von Scheichs und *Tariqats* wurde ab den 1950er Jahren zunehmend schwächer. Parteipolitische, konfessionelle und ideologische Zugehörigkeiten gewannen hingegen an Bedeutung. Diese Entwicklung hatte für die ARK ab dem Jahr 1994 einen negativen Effekt auf den kurdischen Nationalismus, weil die DPK und die PUK die Gesellschaft zusätzlich auseinandertrieben

54 Für eine genaue Erklärung der Negativbewertung siehe Definition der Kategorie 3 (K3) in Tabelle 3 und Hipplers Konzept der Nationenbildung in Abschnitt 2.2.

und mehr Macht für sich und ihre Anführer beanspruchten. Die beiden Parteien stärkten auch den Tribalismus, weil sie – ähnlich wie die irakischen Regierungen im 20. Jahrhundert – damit begannen, die rivalisierenden Stammesführer und Stämme für sich zu gewinnen und deren Loyalität zu erkaufen. Diese Politik führte dazu, dass viele Stämme und Anhänger der DPK und der PUK ihr ursprüngliches Wohngebiet verliessen und sich im Kontrollbereich der jeweiligen Partei ansiedelten. Ihnen widerfuhr damit ein ähnliches Schicksal wie unter den Bagdader Verwaltungen.

Abbildung 12: Identitätsstruktur im Irak und in der ARK⁵⁵

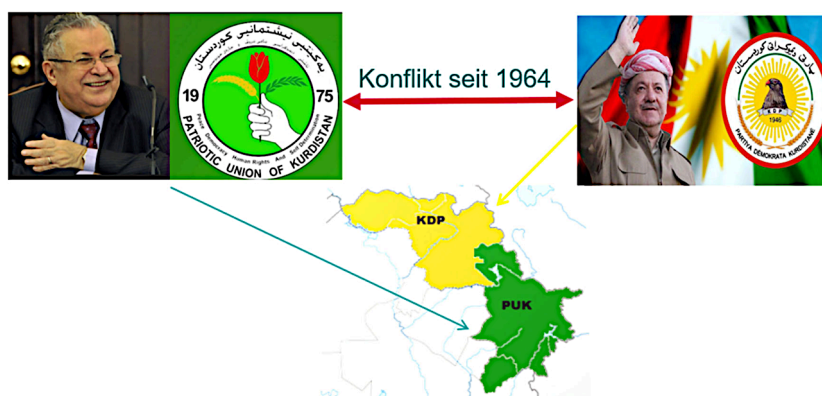


Quelle: eigene Darstellung

55 Bemerkung zur Abbildung 12: Die Identitätsbildung im Irak und in der ARK kann an der einen oder anderen Stelle von der aufgezeichneten Reihenfolge abweichen. Etwa 10 bis 20 Prozent der irakischen und kurdischen Gesellschaften interessieren sich kaum für Stammes- und Religionszugehörigkeit. Dieser kleine Teil der Bevölkerung lebt mehrheitlich in den grossen Städten wie Bagdad oder Sulaimaniya. Ferner ist in vielen Fällen möglich, dass es bei den Anschauungen Überschneidungen gibt: So kann eine Person konservativ, Muslim, Sunnit, Angehöriger eines *Tariqat* und letztlich einer Partei bzw. Gruppe sein, wie beispielsweise einige Angehörige der DPK oder der sunnitisch-arabischen Parteien oder Gruppierungen. Zwei Beispiele sollen illustrieren, wie genau die Gesellschaften im Irak und in der ARK funktionieren: Auf der irakischen Ebene kommt eine Person aus einer Familie, sie gehört einem bestimmten Stamm an, lebt in einer grossen Gemeinde (wie Bagdad), dort in einem Quartier (z. B. al-Karkh), in der Provinz Bagdad, ist Muslimin, Schiitin oder Sunnitin, Angehörige einer Partei oder normale Bürgerin, ist Araberin und schliesslich Irakerin. Auf der ARK-Ebene kommt eine Person aus einer Familie, sie gehört einem bestimmten Stamm an, lebt in einer Gemeinde, z. B. Kalar, damit in der Verwaltungseinheit Garmiyan und in der Provinz Sulaimaniya, die Person ist Muslimin, Sunnitin und gehört einem *Tariqat* an, sie sieht sich als Kurdin und schliesslich als Irakerin.

Eine Nationenbildung stand entsprechend kaum zur Debatte. Es konnte kein politischer Konsens über die Gestaltung der ARK generiert und kein angemessener Umgang mit den oppositionellen Gruppierungen und unzufriedenen Menschen gefunden werden. In der zentralistisch und teilweise gar absolutistisch regierten ARK liegt der Fokus bis heute primär auf den Bedürfnissen und Wünschen der eigenen Partei und ihrer Mitglieder. Das gilt im Übrigen auch für die politischen Parteien, Gruppierungen und Milizen im restlichen Irak. An einer demokratischen Entscheidungsfindung innerhalb der DPK und der PUK wurde in den letzten Dekaden kaum gearbeitet. So blieb Jalal Talabani bis zu seinem Tod im Jahr 2017 trotz langer Krankheit und entsprechender physischer Abwesenheit der Vorsitzende der PUK. Die DPK ihrerseits wird seit 1979 von Masud Barzani geführt. Diese Gegebenheit hatte im irakischen Kurdistan zur Folge, dass die DPK seit den 1960er Jahren mit dem Talabani-Clan zerstritten ist. Die Spannungen zwischen diesen beiden politischen Lagern führten nicht nur zu verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen, sondern ab 1996 zu einer faktischen Teilung der ARK.

Abbildung 13: Zerstrittenheit der Talabani- und der Barzani-Familie



Quelle: DPK und PUK Einflusszonen (2018) und eigene Darstellung

Ab dem Jahr 2008 lehnten sich viele Menschen insbesondere in den Provinzen Sulaimaniya und Halabja gegen diesen politischen Zustand – also das Machtmonopol der DPK und der PUK, ihre schlechte Regierungsführung und ihre mangelhaften Dienstleistungen – auf. Jedoch erfuhren sie von den Bürgern aus den Provinzen Erbil und Dohuk keine Unterstützung.

So ist die ARK nicht nur auf politischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene gespalten. Die unzufriedenen Bürger aus Sulaimaniya und Halabja bezeichneten diejenigen in Erbil und Dohuk als unsolidarisch. Die zunehmenden Spannungen zwischen der DPK und der PUK nach dem Referendum vom 25. September 2017 hatten zudem zur Folge, dass die PUK nun mehr Dezentralisierung oder gar eine direkte Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung für ihr Kontrollgebiet fordert. Entsprechend überrascht es wenig, dass vermehrt Vorschläge aus Sulaimaniya für eine Dezentralisierung und mehr Macht für Kommunen, Gemeinden und Provinzen zu hören sind (Jamal et al. 2017; Jamal & Kažem 2020; KIE 2016; Zaki et al. 2020). Dr. Kawe Mahmud geht wie folgt auf diese Thematik und die Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 ein:

«Es gibt einen Unterschied zwischen der Lage Kurdistans und den Herrschern Kurdistans. Die Behörden Kurdistans sind nicht gleich die inneren Gegebenheiten Kurdistans. [...] Die kurdische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft und ist entsprechend von Klassenkämpfen geprägt. Sie ist auch eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Identitäten. Wurde überhaupt etwas unternommen, um die Beziehungen zwischen diesen Identitäten gut zu regeln? Wenn man den Vergleich mit dem Irak zieht, hat man vielleicht Fortschritte erzielt. Diese reichen aber nicht aus, damit das Problem der Identitätsfrage der Gesellschaften in Kurdistan gelöst wird. Was die Verwaltung Kurdistans anbelangt, so ist sie auf dem Papier die Autonome Region Kurdistan, aber in der Realität wird sie aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten von den verschiedenen Regionen regiert. So haben wir beispielsweise bis heute noch praktisch die grüne und die gelbe Zone. Diese Zonen haben ihrerseits Einfluss auf die Verwaltung der Region und die Regierung. Entsprechend ist die Regierung nicht handlungsfähig. [...] Das ist eine schlechte und abnormale Lage, die gelöst werden muss. [...] Wenn wir allerdings keine funktionierenden Institutionen haben und dazu noch intransparent, korrupt und nicht in der Lage sind, die Peschmerga-Kräfte zu vereinheitlichen, werden wir auch jene Freunde auf internationaler Ebene verlieren, die sich aus Eigeninteresse für uns einsetzen» (siehe Anhang 6).

Dr. Mahmud Othman sieht das Problem nicht nur bei den Politikern der ARK, sondern auch bei den Nachbarstaaten des Irak, die seiner Meinung nach eine antikurdische Politik verfolgen:

«Eine Person ist für die DPK, die andere für die PUK, noch eine andere für *Gorran* usw. Die Interessen der Parteien sind wichtiger als die Interessen der Kurden geworden. Wenn etwas für die Partei gut ist, wird es gemacht, auch wenn es für die Kurden schlecht ist. Wegen der Parteipolitik gibt es hier die Kontrollpunkte einer Partei, woanders von einer anderen Partei. Ein Projekt ist für diese Partei und ein anderes Projekt für eine andere usw. Die Parteien haben eigene Militärs. Bis heute konnten sie keine Verfassung verabschieden. In der irakischen Verfassung haben wir damals festgeschrieben, dass sie eine Verfassung schreiben können, aber das haben sie seit 15 Jahren aufgrund der Zerstrittenheit nicht geschafft. Aus diesen Gründen gibt es sehr viele Probleme. Sie konnten nicht die Peschmerga, die Sicherheitskräfte und die Polizei unter eine Führung bringen. Die DPK hat eigene Kräfte und die PUK hat auch eigene Kräfte. Obwohl wir eine Regierung haben, haben wir noch immer zwei Verwaltungen. Hier ist die gelbe Zone und ab Degela die grüne Zone. All diese Dinge und die Nachbarn sind das Problem. Die Türkei und Iran sind unsere Feinde, sie haben auch einen negativen Einfluss auf uns gehabt. Die Amerikaner und die anderen werden aus Rücksicht auf die Türkei nicht alles für uns machen, was wir wollen, andere aus Rücksicht auf Iran. Unsere geopolitische Lage zwischen der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien hat dazu geführt, dass wir umzingelt sind. In diesen vier Ländern gibt es Kurden, deshalb kooperieren sie [die vier Staaten] immer, damit die Kurdenfrage nicht voranschreitet» (siehe Anhang 4).

Salahadin Bahadin ist der Ansicht, dass die kurdische Verwaltung die Erwartungen nicht zu erfüllen vermochte:

«Es kann nicht geleugnet werden, dass sich das politische System und die Verwaltung in der ARK weiterentwickelt haben, aber es kann gleichzeitig nicht verschleiert werden, dass die Lage hätte besser werden sollen. Der Bürgerkrieg der machthabenden Parteien sowie der Kampf um die Einflussnahme und die Macht sind Gründe dafür, dass sich die ARK nicht besser entwickeln konnte. Aber auch die enge Parteipolitik, die Kontrolle des Marktes und der Wirtschaft seitens der Eliten der regierenden Parteien, die schwache Rechtsstaatlichkeit, die Verletzung der Menschenrechte sowie weitere Probleme und Schmerzen dieser Art haben dazu geführt, nicht dort anzukommen, wo dies nach 29 Jahren Verwaltungserfahrung zu erwarten wäre» (siehe Anhang 6).

Stran Abdullah wiederum macht die DPK und teilweise die irakische Regierung dafür verantwortlich, dass sich die Lage in der ARK nicht gemäss den Erwartungen entwickeln konnte:

«Innenpolitisch hat die ARK aber leider sehr viele Probleme, in politischer, wirtschaftlicher, administrativer und finanzieller Hinsicht. Gut in der ARK ist die Sicherheit und teilweise auch der Demokratisierungsprozess. Die Demokratie entwickelt sich in der ARK. Was wir als grosses Problem in der ARK haben, ist die Verwaltung aus staatlicher und politischer Perspektive. Der politische Prozess in Kurdistan verläuft sehr schlecht. Wir haben weder eine gute Opposition, noch ist die Regierung gut. Die politischen Parteien kommen auch aus diesem Umfeld. Prozentual sind die Parteien, und innerhalb der Parteien vor allem die DPK, für 80 Prozent der Probleme in Kurdistan verantwortlich. Das heisst jedoch nicht, dass die PUK, *Gorran* und die anderen Parteien unschuldig sind. Der Irak ist auch verantwortlich für die Probleme von Kurdistan. Die Zentralregierung interveniert nur, wenn sie ihre eigenen Interessen in Gefahr sieht oder sich besser als die ARK darstellen will. Dies geschieht, obwohl die politische Lage in der ARK viel besser als die Lage im Irak ist [...]» (siehe Anhang 7).

Salam Abdullah stellt als einziger Interviewpartner die Entwicklungen in der ARK in ein positives Licht. Das hängt mutmasslich damit zusammen, dass er aus den Reihen der DPK kommt:

«Kurdistan hat in allen Belangen grosse Fortschritte gemacht. So gut entwickelt ist Kurdistan, dass die Schiiten und die sunnitischen Fraktionen uns sehr beneiden. Sogar Nuri al-Maliki sagte einmal, als er Kurdistan besuchte, dass wir im Luxus leben. Alle gewissenhaften Schiiten und Sunniten geben zu, dass Kurdistan weit fortschrittlicher ist als der Mittel- und Südirak. Auch die Politbeobachter und ausländischen Staaten sind der Ansicht, dass Kurdistan nun ein anderes Land ist und einen grossen Schritt nach vorne gemacht hat. Aber nach dem Aufstieg von Daesh sowie der Einfrierung des Budgets und der Löhne durch den Irak gab es in Kurdistan während vier Jahren eine Rezession. Nun laufen die Dinge langsam besser. Es gab in jener Zeit auch andere Probleme in Kurdistan, wie den Verfall des Ölpreises und die über eine Million Flüchtlinge, die wegen Daesh zu uns kamen. Aus diesen Gründen konnte sich Kurdistan nicht wie erwartet weiterentwickeln. Trotz alledem geht es uns in allen Belangen besser als dem Irak. Geh und schau dir Bagdad und Sulaima-

niya, Erbil und Dohuk an. Schau dir deren und unsere Strassen usw. an. Wenn man in Erbil spazieren geht, hat man das Gefühl, dass man in einer europäischen Stadt ist. Du kommst aus der Schweiz und kannst das beurteilen» (siehe Anhang 8).

Abu Bakir Karwany, der sich als einen kurdischen Nationalisten bezeichnet, sieht die Leistung der DPK und der PUK weder auf der Ebene der ARK noch auf der irakischen Ebene als positiv an:

«Was in der ARK nach 2003 passierte, ist, dass die ARK in der irakischen Verfassung anerkannt wurde, die «umstrittenen Gebiete» in Süd-Kurdistan in der irakischen Verfassung zu «umstrittenen Gebieten» wurden und die ARK in dieser Angelegenheit die Schwäche des Irak nicht ausnützen konnte, um diese wichtige Frage zu lösen. Diese Gebiete waren bei den Gesprächen mit Bagdad niemals auf der Agenda der PUK und der DPK. Dazu kam, dass Kurdistan nach 2003 zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, jedoch keine wirtschaftliche Entwicklung erlebte. Es wurden Gebäude, einige Strassen und Freizeitparks errichtet, aber keine wirtschaftliche Infrastruktur wie Wachstum, Arbeitsstellen usw. aufgebaut. Zudem hat sich die ARK mehr als zuvor auf die Rentenwirtschaft und damit auf Ölgelder und weitere Einnahmen aus Bagdad konzentriert. Der Lebensstandard ist nach 2003 jedoch gestiegen und die ARK hat sich besser als der restliche Teil des Irak entwickelt. Da es aber keinen nachhaltigen Plan gab, sind nun die politischen Krisen explodiert, die Korruption hat sich massiv ausgebreitet und die Spuren der zwei getrennten Verwaltungszonen sind bis heute noch da» (siehe Anhang 9).

Mamosta Jaafar, der sich über mehrere Dekaden in den Reihen der PUK für die Kurdenfrage einsetzte, erläutert mehrere Faktoren, die ihm zufolge einen Einfluss auf das kurdische Anliegen haben: Sie reichen von den internationalen, regionalen und nationalen Mächten bis hin zu innerkurdischen Problemen. Mit den Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 ist er ebenfalls unzufrieden:

«So versuchen unsere Nachbarstaaten, uns immer Probleme zu bereiten. Auf der anderen Seite haben wir in Kurdistan jedoch das Problem der politischen und gesellschaftlichen Struktur, die die Kurden im eigenen Land gefangen hält. So konnten die kurdischen Kräfte im Jahr 2003 vom Zerfall des Saddam-Regimes und damit des irakischen Staates nicht profitieren, weil sie sich nicht einig waren. Das haben wir auch beim Referendum vom 25. September 2017 gesehen, als sich eine Gruppe

infolge der Einmischung einiger Staaten gegen das Referendum ausgesprochen hat. [...] In der Geschichte vieler Länder können wir zwei Phasen beobachten: eine Phase des State-Building und eine Phase des Nation-Building. In Kurdistan haben wir, meiner Ansicht nach, keine einheitliche Nation. Damit meine ich, dass wir keine einheitliche und gruppenübergreifende nationale Institution haben. Was wir haben, ist eine Region, die die Menschen ein wenig verbindet, und ein Parlament, das leider keine Befugnisse hat. [...] Wir haben seit 2003 nicht eine gemeinsame Stelle, die im Namen der Kurden spricht. Das gilt auch für Kirkuk. Nachdem wir 1991 unsere Freiheit erlangt haben, kam es 1994 zu Spannungen. Jede Seite wollte die alleinige Oberhand gewinnen und sich durchsetzen. Ich will dieses Thema nicht detailliert beschreiben. Es ist ersichtlich, dass wir es seit 2003 nicht geschafft haben, einige Organe zu fusionieren. Es wurden zwar einige Ministerien fusioniert, aber das Ministerium für Peschmerga-Angelegenheiten, die Sicherheitsapparate oder die Finanzfragen wurden nicht zusammengelegt [...]» (siehe Anhang 10).

Divisionär B. M. Sidiq, der mittlerweile Generalsekretär des Ministeriums für Peschmerga-Angelegenheiten wurde, stellt seine Beobachtungen der Lage in der ARK wie folgt dar:

«Im wirtschaftlichen Bereich gibt es Fortschritte, aber ich konzentriere mich auf drei wichtige Aspekte: Erstens ist eine nationale Armee für die Kurden wichtig, national im wahrsten Sinne des Wortes. Heute bestehen unsere Kräfte aus der DPK und der PUK. Diese nehmen zwar, wie der Kampf gegen Daesh gezeigt hat, auch nationale Verteidigungsaufgaben wahr, aber wenn sie unter dem Einfluss einer Partei bleiben, wird der Soldat bei Streitigkeiten die eigene Partei verteidigen. Das macht mir Angst, auch wenn es eine Vereinbarung und Übereinkunft gibt, dass wir nie wieder zum Bürgerkrieg zurückkehren werden. [...] Zweitens brauchen wir eine Nationalökonomie. Was wir in der ARK haben, ist eine Rentenwirtschaft. [...] Drittens haben wir in der ARK glücklicherweise eine Regierung als Vollzugsorgan, ein Parlament als Gesetzgebungsorgan und eine Justiz als Rechtsprechungsorgan, aber diese Institutionen müssen gestärkt werden. Diese Organe sind meiner Meinung nach nicht stark genug, um handlungsfähig zu sein. Ihre Stärkung ist eminent wichtig, damit wir in Krisensituationen handeln können. Heute leiden wir beispielsweise unter der Corona-Krise. Wenn wir ein gutes Gesundheitssystem haben, können wir diese Krise einfacher überwinden» (siehe Anhang 11).

M. R. Amin ist ein Verfechter der Demokratie und vertritt die Meinung, dass in erster Linie die Demokratie und die Bürgerrechte gewährleistet sein müssen. Entsprechend sieht er die Lösung der Kurdenfrage im Irak nicht in der Gründung eines kurdischen Staates, sondern in der Stärkung der demokratischen Bemühungen in Bagdad:

«Ich bin der Ansicht, dass wir in der ARK wissen sollten, was wir wollen. Wenn wir gemäss der irakischen Verfassung ein wichtiger Teil des Irak sind, wieso sollen wir nicht versuchen, die Demokratie im Irak in allen Hinsichten voranzutreiben? Das heisst, dass wir den Föderalismus, die Demokratisierung, die menschlichen und natürlichen Ressourcen fördern sowie alle wichtigen Fragen per Gesetz regeln. [...] Wichtig ist, dass es Bürgerrechte gibt und alles auf der Grundlage der Verfassung sowie des Gesetzes geregelt wird. Selbst wenn wir zukünftig nicht ein Teil des Irak bleiben wollen, weil wir uns im Irak nicht gleichberechtigt behandelt fühlen, ist es für uns besser, wenn der Irak ein demokratischer Staat ist. Denn mit den demokratischen Staaten hat man grundsätzlich weniger Probleme als mit den nicht demokratischen Staaten. Eine Mehrheit der kurdischen Parteien ist jedoch der Ansicht, je schlechter es dem Irak geht, desto besser sei es für die Kurden. Ich sehe es genau umgekehrt. Je besser es dem Irak geht, desto besser ist es für uns Kurden. [...] Wenn die Nachbarn nett sind, dann hat man auch Ruhe. Wenn sie jedoch schlimm sind, dann geht es dir auch nicht gut. Ich bin dafür, dass die Völker friedlich zusammenleben. Mich interessiert nicht, ob Kurdistan ein unabhängiger Staat wird oder nicht. Was mich interessiert, ist, dass sowohl im Irak als auch in der ARK gut regiert wird» (siehe Anhang 12).

Laut Amin trifft das aber weder auf die ARK noch auf den Irak zu:

«Was wir sowohl in der ARK als auch im Irak als Problem haben, ist die Demokratisierung des politischen Systems. Die Verfassung ist demokratisch, aber das politische System ist eine Mischung aus Oligarchie, Diktatur, Konfessionalismus usw. Das System in der ARK und im Irak ist so hybrid, dass keine Bezeichnung richtig zu ihm passt. [...] Auf geopolitischer Ebene ist das kurdische Gebiet das schwächste Gebiet in dieser Region, weil es auf vier Länder verteilt ist, keinen Zugang zum Meer hat und die kurdische Bevölkerung [im jeweiligen Land] in der Minderheit ist. So ist der richtige Weg, dass wir versuchen, friedlich mit den anderen Entitäten und Mehrheiten zusammenzuleben. Das können wir im Irak

im Rahmen der irakischen Verfassung tun. Bei uns in der ARK wird der Staat heiliggesprochen. Man geht davon aus, dass wir gar keine Probleme mehr haben werden, wenn wir einen unabhängigen Staat haben. Der Staat wird aber unsere Probleme nicht lösen. Vielmehr wird er uns mehr unterdrücken, weil der Barzani-Clan wie gesagt einen Staat nach saudischem und katarischem Vorbild will. Ein solcher Staat wird nicht anständig sein, weil er einer einzigen Familie zur Verfügung stehen muss und nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft. [...] In der ARK muss es eine Änderung geben. Diese zwei Herrscher- bzw. Oligarchenfamilien sind sehr rückständig und können nicht gut regieren. Sie verlassen sich nur auf das Öl und wollten sogar mit dem Öl einen Staat gründen. Aber mit dem Öl kannst du gar nichts machen, weil weder sein Preis noch sein Markt in deiner Hand ist. Es ist eine Utopie, sich auf etwas zu verlassen, über das andere durch die Verkaufsmengen, die Produktion und die Preise entscheiden. Für die Staatsgründung braucht es einen Nachhaltigkeitsplan, der von regelmässigen und kaum schwankenden Einnahmen abhängt. Jährliche Budgetierungen müssen demnach mindestens zu 90 Prozent treffsicher sein. [...] Diese zwei Herrscherfamilien wollen in der ARK eine Rentenökonomie, weil sie die Gesellschaft vom Staat abhängig macht. Anstatt dass die Regierung von den Einnahmen aus der Gesellschaft abhängig ist, sind die Menschen von der Regierung abhängig. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden, aber sie wird unter der Herrschaft dieser zwei Oligarchenfamilien nicht korrigiert» (siehe Anhang 12).

Dr. Faiq Gulpy vertritt in Bezug auf die Entwicklungen in der ARK ähnliche Ansichten wie Amin:

«Gemäss der irakischen Verfassung muss die ARK eine Verfassung haben, aber sie hat bis heute keine, weil die kurdischen Machthaber sie ignoriert haben. Meiner Ansicht nach ist der grösste Fehler der ARK, dass sie keine Verfassung hat. Gemäss der irakischen Verfassung muss die Erdöl- und Gasgewinnung in der ARK in Zusammenarbeit zwischen der ARK und der Zentralregierung erfolgen. Aber die Regierung der ARK hat ohne Wissen und Einverständnis der irakischen Regierung unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Autonomie mit Ankara einen Vertrag für 50 Jahre abgeschlossen, der den Ölexport über die Türkei erlaubt. Das Referendum der ARK über die Unabhängigkeit war ein weiterer Schritt, der dazu führte, dass die ARK vorläufig politisch isoliert wurde und wirtschaftlich in eine Krise geriet. Zudem war Kirkuk nach

dem Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 faktisch unter kurdischer Kontrolle, aber die Kurden haben das Gebiet aufgrund der undemokratischen und parteiischen Politik der kurdischen Herrscher innerhalb von ein paar Stunden verloren. Gemäss der jüngsten Entwicklung ist die ARK bereit, dem Irak das Öl der ARK zu übergeben, wenn Bagdad die Löhne der Angestellten der ARK auszahlt. Damit erklärt die ARK das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Politik. All die erwähnten negativen Entwicklungen zeugen davon, dass die Politik in der ARK keine gesetzliche, verfassungsmässige, demokratische und nationale Grundlage hat. [...] Die gescheiterte Politik der Verwalter der ARK im Namen der Kurden und des kurdischen Nationalismus hat dazu geführt, dass die Leute in Kurdistan weder den kurdischen Nationalismus noch die Unabhängigkeit Kurdistans wollen. [...] Die Herrscher in der ARK verwalten das Land auf der Basis der Partei- und Stammespolitik sowie des Regionalismus. Dies ist ein politisches System aus der Zeit vor der Nationenbildung. In der ARK gibt es kaum nationale Institutionen. Die Organe der Parteien und der Stämme sind sehr stark» (siehe Anhang 13).

Die Schlussfolgerungen von Taufiq Karim zu der kurdischen Selbstverwaltung zwischen 2003 und 2018 weichen kaum von den Aussagen von Amin und Gulpy ab:

«Wenn wir die kurdische Verwaltung mit der Umgebung, insbesondere dem Mittel- und Südirak, vergleichen, dann hat sie den Umständen entsprechend gute Fortschritte gemacht. Aber auf der politischen Ebene konnten die kurdischen Führer nicht staatsmännisch mit den Gelegenheiten und Gegebenheiten umgehen. Es wird verwaltet, aber die Zerstrittenheit der Parteien hat dazu geführt, dass immer die Interessen der Parteien, der Personen und der Elite innerhalb der Parteien verfolgt werden. Es wurden auf zwei Ebenen Fortschritte erzielt: Erstens liess die Verwaltung auf materieller Ebene beispielsweise nicht zu, dass Leute, wie in einigen Teilen des Irak, hungern, und zweitens ist die Sicherheit gewährleistet. Aber auf der politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Ebene haben die kurdischen Führer bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, einen Staat zu führen. [...] Die kurdischen Führer meinen, dass die Kurden etwa 5 Millionen sind. Davon scheinen aber über 1,7 Millionen ihre Löhne vom Staat zu beziehen. Es scheint so, als hätten die Kinder auch die Löhne ihrer Eltern. Wir scheinen auch mehrere Hunderttausend Pensionierte und andere Empfänger von staatlichen Zahlungen zu haben. Diese Zahlen werden auf der internationalen

Ebene nicht ignoriert. Die kurdischen Führer haben nichts in die wirtschaftliche Infrastruktur investiert. Wenn die Grenzen für einen einzigen Tag schliessen, entsteht ein Chaos bei uns und die Leute bekommen Angst. So gesehen haben die gute Sicherheitslage und die materiellen Absicherungen, worauf die kurdischen Führer sehr stolz sind und welche sie immer wieder betonen, keine wissenschaftliche bzw. feste Grundlage. Die Lage kann sich jederzeit verschlechtern. Es kann zudem jederzeit wieder zu einem Bürgerkrieg zwischen der DPK und der PUK bzw. innerhalb der verschiedenen Parteien kommen. Es kann auch jederzeit geschehen, dass Bagdad die Löhne nicht auszahlt und die ARK diese somit auch nicht auszahlen kann» (siehe Anhang 14).

All diese Einschätzungen und die Analyse zu den Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 lassen die Behauptung zu, dass die kurdische Selbstverwaltung im Bereich der Nationenbildung gescheitert ist. Sie zeigen auch, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe allein nicht ausreicht, um eine erfolgreiche Herrschaftsform aufzubauen. Die sozioökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, die sich seit Jahrzehnten verfestigt und in ihrer Heterogenität kaum verändert haben, können nur durch den starken Willen der politischen Eliten angepasst werden. Dieser Wille ist in der ARK nicht vorhanden. Entsprechend bleiben die Kurden im Irak des 20. und 21. Jahrhunderts aufgrund der unterschiedlichen politischen Ausrichtungen, tribalen Strukturen, Dialekte und Loyalitäten eine uneinheitliche Gruppe ohne einen gruppenübergreifenden gemeinsamen Nenner. Zudem leben auch andere Minderheiten in den von den Kurden besiedelten Gebieten, weshalb die Stärkung der föderalistischen Strukturen im Irak die einzige vernünftige Lösung für die Kurdenfrage und den Irak als heterogener Staat ist. Im nächsten Kapitel wird nicht nur auf die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, sondern auch auf die Konsensdemokratie, die Probleme des irakischen Staates sowie die föderalistische Konsensdemokratie als eine mögliche Lösung für den Irak eingegangen. Die Geschichte der Entstehung der Schweizer Verfassung und die Gründe für den Aufstieg und Untergang des IS werden ebenfalls näher betrachtet, um die Chancen und Gefahren für die Zukunft des Irak zu eruieren.

